Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2242

Deutsche Delegation bei der
Beratenden Versammlung des Europarates

Bericht

über die Gemeinsame Tagung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung des Europarates am 21. und 22. September 1967 und die Herbsttagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 25. bis 28. September 1967 in Straßburg

Der Herbsttagung der Beratenden Versammlung des Europarates ging am 21. und 22. September die jährliche Gemeinsame Tagung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung voraus, der ein Bericht über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments im abgelaufenen Jahr und über die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Gemeinschaften in den 10 Jahren ihres Bestehens vorlag.

Zu diesem Bericht nahm Abg. Prof. Dr. Furler (CDU/CSU) im Namen der Christlich-Demokratischen Fraktion Stellung; er begrüßte es, daß sich die Auffassungen sowohl über die bisherige Entwicklung der EWG wie über ihre künftige Erweiterung auf das gesamte Europa weitgehend angenähert hätten. Ein wirtschaftspolitisch geteiltes Europa sei kein Europa; eine gemeinsame Agrarpolitik und Außenhandelspolitik sei in der EWG bereits verwirklicht, und wer den Gemeinschaften beitreten wolle, müsse diese Politik akzeptieren; auf keinen Fall dürfe sich die Gemeinschaft der Gefahr einer Auflösung oder Schwächung aussetzen. Der Redner machte auf die Alternative der Assoziierung aufmerksam, die sich bisher schon bewährt habe, und hob hervor, daß das Ziel ein föderatives und wirklich effektives Europa mit unausweichlichen gemeinsamen Organen bleiben müsse.

Auch Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) bekannte sich zur Erweiterung der Gemeinschaft, hob aber gleichzeitig die Schwierigkeiten hervor, die bis zur Durchsetzung einer gemeinsamen Steuer-, Handels-, Verkehrs- und Energiepolitik noch zu erwarten seien. Eine Erweiterung und Verbesserung der Römischen Verträge müsse ins Auge gefaßt werden und die Verhandlungen mit Großbritannien und den anderen beitrittswilligen Ländern sollten so bald wie möglich aufgenommen werden, wenn es auch noch Jahre dauern werde, bis sie zum Abschluß gebracht werden können. Eine politische Union werde sich von selbst ergeben, wenn erst einmal die wirtschaftliche Einheit gesichert sei.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) hielt es für einen bedeutenden Fortschritt, daß neuerdings alle beitrittswilligen Länder sich bereit erklärt hätten, mit den Rechten auch alle Pflichten zu übernehmen, die die Gemeinschaft ihren Mitgliedern auferlege; das sei nicht immer so gewesen, aber zu den objektiven Widerständen von früher seien nun noch subjektive Widerstände gekommen, die vielleicht zu politischen und moralischen Depressionen führen könnten. Da aber der Wille zur Erweiterung der Gemeinschaft nicht nur von den Rednern in dieser Debatte vielfach bekundet worden, sondern in fast allen europäischen Parlamenten und Regierungen lebendig sei, und diese Erweiterung außerdem dem Wunsche der europäischen Bürger entspreche, müsse das Ziel über alle Widerstände hinweg endlich erreicht werden, wenn nicht für die Demokratie ernsthafter Schaden entstehen solle.

Der zweite Teil der 19. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates dauerte vom 25. bis 28. September 1967. Er begann mit einer Kulturdebatte, in der Abg. Kahn-Ackermann (SPD) als Berichterstatter des Kulturausschusses kritisierte, daß im Europarat kulturelle Fragen bis jetzt nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit behandelt worden seien, obwohl inzwischen hinlänglich erwiesen sei, daß die europäische Zukunft davon abhängen werde, wie schnell der Abstand Europas von der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

der USA und Sowjetrußland aufgeholt werde; er könne jedoch nur aufgeholt werden, wenn die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Länder ernsthaft gewollt werde, wozu sich die europäischen Regierungen jedoch offenbar nur schwer entschließen könnten; das Ministerkomitee des Europarates zeige sich vor allem dann den Vorstellungen der Versammlung unzugänglich, wenn damit finanzielle Forderungen verknüpft seien. Er forderte die Institutionalisierung der Europäischen Unterrichtsministerkonferenz beim Europarat und eine sinnvollere Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der UNESCO.

Abg. Vogt (CDU/CSU) begrüßte es besonders, daß den Jugendfragen in der Kulturdebatte breiter Raum gewidmet werde; das deutsch-französische Jugendwerk habe sich so gut entwickelt, daß es als vorbildlich für andere bilaterale Abkommen wie für das geplante Europäische Jugendwerk gelten könne; Abg. Vogt machte sodann auf den Bericht der Bundesregierung über die Lage der deutschen Jugend und auf dem Bundesjugendplan aufmerksam; wenn man auch nicht behaupten könne, daß damit das schwierige Problem bereits gelöst sei, so seien doch wertvolle Aufschlüsse gewonnen worden; und wenn die Bundesregierung für den internationalen Jugendaustausch über 30 Millionen DM zur Verfügung stelle, so sei das zweifellos ein überzeugender Beweis dafür, welche Bedeutung man in der Bundesrepublik diesem Austausch beimesse; es wäre zu wünschen, daß sich auch andere Länder diesem Beispiel anschlössen; der Deutsche Bundestag habe auch als bisher einziges Parlament der EWG-Länder zu der Entschließung des Europäischen Parlaments über das geplante Europäische Jugendwerk Stellung genommen; eine Besprechung über das geplante Europäische Jugendwerk soll noch in diesem Jahr in Bonn stattfinden, an der kompetente Vertreter aus allen Europaratstaaten teilnehmen sollten.

Frau Abg. Klee (CDU/CSU) begrüßte die Anregungen, die in der Debatte zu einer vermehrten kulturellen Zusammenarbeit gemacht wurden, sie wies dabei besonders auf die Notwendigkeit einer Verstärkung des Fremdsprachenunterrichts auf allen Schulstufen hin sowie auf die wünschenswerte Pflege kultureller Kontakte zu den Ländern Osteuropas, die sowohl auf bilateraler wie auf multilateraler Basis oder auch über die UNESCO angestrebt werden könnten.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) kam auf das Problem der rebellierenden studentischen Jugend zu sprechen, das in Berlin zwar besonders akut sei, aber als internationales Phänomen betrachtet werden müsse. Drei Momente lägen dieser Rebellion zugrunde: das Unbehagen an der dem Wohlstand verhafteten älteren Generation, der Protest gegen die Nivellierung des politischen Lebens und die Unzufriedenheit mit der oberflächlichen und wenig überzeugenden Behandlung von Lebensfragen, die für die Jugend von wesentlicher Bedeutung seien. Die Politisierung der Jugend könnte zum Verhängnis werden, wenn es nicht gelingen sollte, unsere Demokratie so darzustellen, daß sie glaubhaft und selbstkritisch genug erscheint.

Die politische Debatte wurde von drei Hauptthemen beherrscht, der Situation in Griechenland, dem Nahostkonflikt und dem Beitrittsgesuch Großbritanniens zur EWG. Als Vertreter der Regierungen sprachen der dänische Staatsminister Sølvøj zum griechischen Problem und zur Frage der Erweiterung der EWG und der israelische Außenminister Abba Eban zur Lage im Vorderen Orient.

Von den deutschen Rednern betonte Abg. Blumenfeld (CDU/CSU), daß er selbstverständlich eine Änderung der Zustände in Griechenland wünsche, daß er aber ein gefühlsbetontes Urteil für wenig hilfreich halte und zunächst dem Wort der gegenwärtigen Machthaber glauben wolle, die sich als Übergangsregierung bezeichnen und so bald wie möglich das demokratisch-parlamentarische Regime wiederherstellen wollten. Natürlich müsse versucht werden, den griechischen Kollegen, die nicht mehr zum Europarat kommen könnten, zu helfen, aber der Europarat sei ja auch nicht die einzige Institution, die sich mit Griechenland beschäftige, die EWG und die NATO hätten dort ebenso große Interessen. Was die Entspannungspolitik angehe, so sei er und die ganze deutsche Regierung zu jeder vernünftigen Entspannung gerne bereit, aber er halte es für verhängnisvoll, mit dem Gedanken einer Aufkündigung des NATO-Bündnisses zu spielen. Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten des Ostens und Westens seien zwar nützlich und wichtig, aber die Entscheidung liege nun einmal bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion; wenn unser europäischer Zusammenhalt in Frage gestellt werde, so stelle das eine ernste Gefahr für den Kontinent dar. Auch die häufig leider vergeblichen Versuche der Bundesregierung, zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein erträgliches Verhältnis herzustellen und den Frieden in Europa herbeizuführen, könnten nur dann gewisse Chancen haben, wenn sie von den Freunden im Europarat unterstützt würden.

Abg. Blachstein (SPD) erinnerte daran, daß die arabischen Länder die Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen hätten, als diese den Staat Israel anerkannte; das sei bedauerlich, da ein normales Zusammenleben der Völker im Nahen Osten möglich und für alle Beteiligten nützlich sei; eine gemeinsame europäische Politik dem Vorderen Orient gegenüber müsse angestrebt werden, gemeinsame wirtschaftliche, wissenschaftliche und finanzielle Hilfe könne zur Befriedung beitragen; allerdings seien die Anzeichen für den guten Willen der verfeindeten Staaten vorerst noch ebenso unsicher wie die Bereitschaft der europäischen Staaten zu einer gemeinsamen Politik. Der Redner begrüßte sodann den Schritt der skandinavischen Regierungen, die Klage gegen die griechische Regierung wegen Verletzung der Menschenrechte gestellt haben; wenn man die Demokratie ernst nehme, könne man auch Staaten gegenüber, mit denen man verbunden sei, nicht großzügiger sein, als gegenüber den kommunistischen, denen man die Verletzung der menschlichen Grundrechte zum dauernden Vorwurf mache, abgesehen davon, daß es unsere selbstverständliche Pflicht sei, die demokratischen Kräfte in Griechenland zu unterstützen. Ein Ausbau der europäischen Gemeinschaft könnte zur Verbesserung der Bezie-

hungen zu Osteuropa beitragen, und zwar nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, sondern auch im wissenschaftlichen und technischen Austausch. Die Bundesrepublik sei zu normalen diplomatischen Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks bereit, dazu brauche es Geduld und Zähigkeit, und Maximalforderungen aufzustellen sei sinnlos; aber was mit Rumänien gelungen sei und vielleicht bald mit Jugoslawien sich verwirklichen lasse, könne eines Tages auch mit anderen Ländern des Ostblocks erreicht werden; mit Unterstützung der Partner im Europarat werde es eines Tages gelingen, den Frieden in Europa und das Zusammenleben seiner Völker zu sichern.

Zur Frage des Beitritts Großbritanniens und anderer beitrittswilliger Länder zum Gemeinsamen Markt meinte Abg. Dr. Kliesing (CDU/CSU), daß eine Verweigerung der Aufnahme sie zwangsläufig zur Anlehnung an die USA veranlassen werde, was wiederum eine erhebliche Steigerung des amerikanischen Einflusses in Europa zur Folge hätte. Man müsse nicht gerade antiamerikanische Komplexe pflegen, um für ein unabhängiges Europa, das auch den Amerikanern nützlich erscheine, einzutreten. Die Krise im Nahen Osten habe nicht nur gezeigt, wie wichtig es sei, sich auf die eigene Kraft verlassen zu können; denn die UNO habe vollständig versagt; die Krise habe außerdem die politische Ohnmacht Europas in erschütternder Weise erwiesen und dem europäischen Ansehen in der Weltpolitik beträchtlich geschadet. Die Sowjetunion, die mit Besorgnis die Entwicklung in China verfolge, müsse darauf bedacht sein, sich den Rücken freizuhalten; deshalb erscheine ihr ein Europa, das zunächst in Ost und West gespalten sei, dann im atlantischen Bündnis zur Auflösung neige und schließlich im gespaltenen Deutschland noch einmal ein Element der Unsicherheit aufweise als der denkbar ungefährlichste Nachbar; solange die politische Integration Europas ausbleibe, werde sich Sowjetrußland niemals zu Zugeständnissen bereit erklären.

Abg. Prof. Dr. Furler (CDU/CSU) erinnerte daran, daß bei der Entstehung der Gemeinschaften die anderen europäischen Länder nicht an einen Erfolg glauben wollten; erst als sie sahen, daß mit einer Europäischen Freihandelszone nicht die gleichen Erfolge zu erzielen wären, hätten sie sich zu einem Aufnahmeantrag in die EWG entschlossen. Eine neue Landwirtschaftspolitik sei nach langen Beratungen in die Wege geleitet worden; gegenwärtig komme der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung besondere Bedeutung zu. Der Beitritt Englands sei ebenso wünschenswert wie die Assoziierung der Staaten, die wegen ihrer Neutralitätspolitik nicht beitreten könnten, man müsse aber damit rechnen, daß die Verhandlungen Jahre dauern können. Mit lauten Deklamationen werde viel weniger erreicht als mit stiller zäher Arbeit. Als seinerzeit die Kennedy-Runde einberufen wurde, habe man mit dem Beitritt Großbritanniens zur EWG gerechnet, obwohl er dann nicht zustande kam, wurden die Verhandlungen der Kennedy-Runde mit einigem Erfolg abgeschlossen. Eine große gesamteuropäische Gefahr wäre es, wenn einige Industrieländer von der Entwicklung und friedlichen Nutzung der Atomenergie ausgeschlossen würden; das wäre eine schlimmere Spaltung als die zwischen EWG und EFTA. Für eine politische Gemeinschaft sei vielleicht die Zeit noch nicht reif, aber die wirtschaftspolitische Einigung werde mit Sicherheit später auch die politische Einigung herbeiführen.

Nach einer Rede des britischen Staatsministers Lord Chalfont, in der er noch einmal ausdrücklich und ohne Reserven die Absicht Großbritanniens, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, bekundet hatte, gab Abg. Dr. Rinderspacher (SPD) seiner Genugtuung Ausdruck, daß nun niemand mehr ernsthaft am guten Willen Englands zweifeln könne; auch die skandinavischen Länder seien aufrichtig bemüht, sich in die Europäische Gemeinschaft einzugliedern. Aber ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die das für die Gemeinschaft wie für jedes einzelne Land mit sich bringe, sei es dringend erforderlich, daß Europa sein gesamtes politisches und technologisch-wissenschaftliches Potential zusammenfasse, wenn es nicht hoffnungslos hinter den beiden Großmächten zurückbleiben wolle. Da auch innerhalb der EWG zur Zeit wenig Aussichten bestünden, die politische Union bald zu verwirklichen, könne man auch nicht annehmen, daß durch den Beitritt neuer Mitglieder eine Verzögerung herbeigeführt werde. Bundesregierung und Bundestag hätten wiederholt eindeutig versichert, daß sie den Beitritt wünschen und daß sie alle ihre Möglichkeiten ausnützen würden, um ihren französischen Partner von ihren Auffassungen zu überzeugen.

Als Vorsitzender der Europäischen Verkehrsministerkonferenz legte Bundesverkehrsminister Leber deren Jahresbericht vor; wichtigste und schwierigste Aufgabe sei die Erarbeitung einer allgemeinen Verkehrspolitik, über die Grundprinzipien sei man sich zwar einig, über die Methoden bestünden jedoch immer noch Meinungsverschiedenheiten, die vielfach ihren Grund in der Unkenntnis der besonderen nationalen Verhältnisse hätten. Um einen ruinösen Wettbewerb zu verhindern, müsse es bei dem Lizenzsystem bleiben. Besondere Sorgen bereiteten die Eisenbahnen, die in allen Ländern mit Defizit arbeiten, hier würden laufend Untersuchungen angestellt, die zwar noch keine Patentlösungen, aber spürbare Verbesserungen gebracht hätten. Auch für den Straßenverkehr müßten einheitliche Regelungen für eine Verbesserung der Sicherheit auf den Straßen gefunden werden.

Abg. Lemmrich (CDU/CSU) hob hervor, daß eine gemeinsame Verkehrspolitik in der EWG noch nicht erreicht wurde, obwohl heute nationale Lösungen kaum noch denkbar seien; enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Verkehrsministerkonferenz und der Kommission der EWG sei das Gebot der Stunde. Der Abbau der Wettbewerbsverzerrungen dürfe sich nicht auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraßen beschränken, sondern müsse auch den Flugverkehr berücksichtigen, vor allem wenn der Mittelstreckenflugverkehr durch Großflugzeuge weiter ausgebaut werde. Beim Ausbau des Netzes der großen Verkehrsverbindungen dürfe nicht am Eisernen Vorhang haltgemacht werden; Autobahnen in die Tschechoslowakei und der Rhein-Main-Donau-Kanal seien bereits im Bau; das dürften nicht die einzigen Projekte bleiben.

Nach einer von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Rede des israelischen Außenministers Abba Eban, in der er sich vor allem mit den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und Europa beschäftigte, stellten die Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD), Dr. Kliesing (CDU/CSU) und Lenze (Attendorn) (CDU/CSU) dem Minister Fragen, die sich auf die gegenwärtige Situation im Nahen Osten bezogen und die der Minister dahin gehend beantwortete, daß Israel zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn bereit sei und friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn herstellen wolle; das setze jedoch den Abschluß eines Friedensvertrages voraus.

In der Debatte über Probleme der Entwicklungsländer regte Abg. Dr. Serres (CDU/CSU) an, daß sich vor Beginn der Zweiten Welthandelskonferenz im nächsten Jahr die Geberländer darüber abstimmen sollten, in welchem Maße sie Entwicklungshilfe gewähren können, da bei den Empfängerländern offenbar nicht immer reale Vorstellungen über die Möglichkeiten der Industrieländer bestehen. Andererseits müsse aber durch weltweite Abkommen dafür gesorgt werden, daß die Entwicklungsländer ausreichende Erlöse für ihre Produkte erzielen; einige neue Präferenzsysteme im Rahmen des GATT seien durchaus möglich und nützlich.

Abg. Flämig (SPD) ging in diesem Zusammenhang auf die Bildungs- und Erziehungsprobleme in den Entwicklungsländern ein; wirtschaftlicher Fortschritt sei an einen wachsenden Bildungsstand gebunden; einiges sei zwar bereits geschehen, aber noch lange nicht genug, und vor allem hätten die Entwicklungsländer selbst noch nicht erkannt, daß hier eine wesentliche Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Zukunft liege. In ihrem Bildungswesen müssen diese Länder auf die langen Erfahrungen der Industriestaaten zurückgreifen, sowohl beim Unterricht der Kinder wie bei der Ausbildung von Facharbeitern und Technikern; diese Ausbildung könne in Europa oder im Heimatland erfolgen, wichtig sei vor allem die grundsätzliche Bereitschaft zu dieser Form von Entwicklungshilfe. Billiger sei es, Lehrer in die Entwicklungsländer zu entsenden als viele Tausende Studenten an europäischen Hochschulen auszubilden, die dann möglicherweise in ihren Heimatländern nicht gebraucht würden.

Der Sozialausschuß legte der Versammlung einen Bericht über die politische, soziale und bürgerliche Stellung der Frau in Europa vor. Frau Abg. Klee (CDU/CSU) wies zunächst darauf hin, wie schwierig es sei, Allgemeingültiges über die Situation der Frau in Europa zu sagen; ihre soziale Stellung in den verschiedenen Ländern sei so unterschiedlich und die statistische Berechnung ihrer Arbeitszeit im Haushalt z. B. müsse notwendig so unvollkommen bleiben, daß man kaum präzise Aussagen machen könne; immerhin könnten auf Teilgebieten einige nützliche Erkenntnisse gewonnen werden, etwa in der Frage der Berufswahl und Berufsausbildung oder der Teilzeitarbeit. Eine Konvention über den rechtlichen Status der verheirateten Frau sei um so notwendiger je häufiger Ehen zwischen Menschen verschiedener Nationalität geschlossen werden; es müsse auch überlegt werden, wie den Frauen mittleren Alters, deren Kinder die Familie bereits verlassen haben, ein neuer Lebensinhalt geboten werden könne. Zum Schluß gedachte Frau Abg. Klee der verstorbenen Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Maria Probst, die ein Vorbild für alle politisch tätigen Frauen gewesen sei.

Frau Abg. Herklotz (SPD) machte darauf aufmerksam, wie wenig noch der Grundsatz der gleichen Entlohnung von Mann und Frau durchgeführt werde, obwohl er in mancher Verfassung und in internationalen Abkommen verankert sei. Der Berufsausbildung und Erwachsenenbildung müßte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, aber auch die Familien sollten sich von der falschen Auffassung lösen, daß immer den Söhnen die bessere Ausbildung zustehe. Die Industriegesellschaft habe neue Maßstäbe geschaffen, die vielfach noch nicht anerkannt würden.

Einen Bericht des Sozialausschusses über Sozialtourismus legte Abg. Pöhler (SPD) vor; der Sozialtourismus habe die nationalen Grenzen gesprengt, und gerade deshalb sei es die Aufgabe des Europarates, sich mit diesem Phänomen zu befassen; der längere Urlaub, aber auch eine Art von Kulturbewußtsein dürften als Motive für dieses Phänomen, das noch vor zwei Jahrzehnten ganz undenkbar war, angesehen werden. Der Ausschuß habe eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die eine Bereicherung der Reisenden und eine Erleichterung des Reisens garantieren sollen, dazu gehören informative Einführungskurse über die besuchten Länder, Verbesserung der Fremdenverkehrseinrichtungen und Mindestnormen für die Ausstattung der Campingplätze sowie Vereinfachung der Grenzformalitäten.

Dr. Serres

Der Sprecher

Schulz (Berlin)

Der stellvertretende Sprecher